

Medienkonferenz vom 24. Oktober 2018: Bildung Bern sagt Nein zur Steuergesetzrevision 2019

Bildung Bern ist Teil des breit abgestützten Referendumskomitees. Wir haben bereits die Unterschriftensammlung unterstützt und setzen uns nun auch bei der Abstimmung engagiert dafür ein, dass Kanton und Gemeinden nicht Einnahmen von 161 Millionen Franken verloren gehen.

Als Berufsverband der Bildungsfachleute setzen wir uns für eine gute Qualität in der Bildung ein. Wir kämpfen engagiert dafür. Wir wissen, dass diese Qualität von drei Faktoren abhängig ist: von guten Lehrpersonen, von einer bildungsfreundlichen Gesellschaft und von den zur Verfügung gestellten Finanzen.

In den letzten Jahren wurden die Mittel für die Bildung nicht in dem Mass gesprochen, wie dies hätte erfolgen sollen. Im Gegenteil, wir haben viele Sparmassen erlebt und mitgetragen. Die Folgen davon sind immer noch spürbar! Eine Erhöhung der Klassengrössen, Lektionenabbau in der Volksschule und an den Gymnasien sind Beispiele dafür. Das dringend benötigte Vieraugenprinzip bei den Kleinsten im Schulsystem und die Erhöhung der Gehaltsklassen werden auf die lange Bank geschoben, obschon in allen politischen Gremien und Parteien der Handlungsbedarf erkannt ist. Im interkantonalen Vergleich bewegen sich beispielsweise die Löhne der bernischen Primarlehrpersonen nach 10 Dienstjahren auf den hintersten Rängen. Und dies seit Jahren. Der Handlungsbedarf ist gross!

Der Druck auf die Schule wächst. Die Ansprüche der Gesellschaft und die Aufgaben nehmen zu. Die Belastung der Lehrpersonen auch. Mit einer weiteren massiven Kürzung der Mittel kann man dieser Entwicklung nicht entgegenwirken, im Gegenteil!

Wirksame Entlastung ist keine in Sicht. Statt nun die Attraktivität des Lehrberufs offensiv zu verbessern und Werbung zu machen für diesen sinnstiftenden, abwechslungsreichen und für die Gesellschaft wichtigen Beruf droht erneut eine Einschränkung der Mittel. Bereits soll das Geld für die Aufholung von Gehaltsrückständen gegenüber der Sollkurve gekürzt werden. Mit dieser Politik wird sich der Mangel an Lehrpersonen in den nächsten Jahren noch akzentuieren. Diesen Sommer konnten viele offene Stellen nur mit Notlösungen besetzt werden.

Im Voranschlag 2019, der im November im Grossen Rat diskutiert wird, sind die Entwicklungsschwerpunkte der Erziehungsdirektion festgelegt. Einer davon ist die Umsetzung des Lehrplans 21, inkl. Mehraufwände wegen zusätzlicher Lektionen. Der Grosse Rat hat in der letzten Budget-Debatte gezeigt, was er von solchen Schwerpunkten hält und bereits vor der Einführung des Lehrplans wichtige Lektionen gestrichen (IVE Sek I).

Ein anderer ist die Beibehaltung der hohen Abschlussquote in der Sek II. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildungsinstitutionen ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Damit der Übergang von der Volksschule in die Berufswelt klappt, wird es aber weiterhin und in Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung vermehrt gute Unterstützungsangebote für Jugendliche mit erschwerten Voraussetzungen brauchen. Stehen hier nicht genügend Mittel zur Verfügung, wird uns dies später teuer zu stehen kommen.

Bildung Bern macht sich grosse Sorgen über die finanzpolitische Entwicklung des Kantons, das Steuerdumping und den Entzug von Geldern für die öffentliche Hand. Wir sind sowohl aus personalpolitischer wie auch aus bildungspolitischer Sicht klar gegen diese Steuergesetzrevision, die grosse Steuereinbussen vorsieht. Was allen klar sein sollte: weniger Steuereinnahmen heisst weniger Geld für die Bildung. Die Zitrone ist längst ausgepresst!

Pino Mangiarratti, Präsident Bildung Bern